

Staatskirchenrechtliche Abhandlungen

Band 13

**Rechtsfolgen der
konkordatsrechtlichen Beanstandung
eines katholischen Theologen**

Von

Ulrich Scheuner



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

ULRICH SCHEUNER

**Rechtsfolgen der konkordatsrechtlichen Beanstandung
eines katholischen Theologen**

Staatskirchenrechtliche Abhandlungen

**Herausgegeben von Ernst Friesenhahn · Alexander Hollerbach · Josef Isensee
Joseph Listl · Hans Maier · Paul Mikat · Klaus Mörsdorf · Ulrich Scheuner**

Band 13

**Rechtsfolgen der
konkordatsrechtlichen Beanstandung
eines katholischen Theologen**

Von

Ulrich Scheuner



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Schriftleitung der Reihe „Staatskirchenrechtliche Abhandlungen“:
Prof. Dr. Joseph Listl, Lennéstr. 15, D-5300 Bonn 1

Alle Rechte vorbehalten

© 1980 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1980 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3 428 04744 8

Vorwort

Die vorliegende Abhandlung gibt das im Text und im Anmerkungs-
teil inhaltlich unveränderte Rechtsgutachten wieder, das Prof. Dr.
Ulrich Scheuner, em. ord. Professor des Öffentlichen Rechts an der
Universität Bonn, unter dem Titel „Die Rechtslage bei konkordats-
rechtlicher Beanstandung eines Hochschullehrers der katholisch-theo-
logischen Fakultät“ aus Anlaß der konkordatsrechtlichen Beanstandung
des Tübinger Theologen Prof. Dr. *Hans Küng* am 30. Januar 1980 dem
Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg erstattet
hat. Das Gutachten ist bisher unveröffentlicht.

Aus Presseerklärungen ist bekannt geworden, daß im Falle von
Prof. Küng im Sinne der von Prof. Scheuner in dem vorliegenden Gut-
achten vertretenen Rechtsauffassung zwischen den Beteiligten eine
einernehmliche Lösung gefunden worden ist, nach der Prof. Küng bis
zu einer eventuellen Wiedererlangung der kirchlichen Lehrbefugnis
aus der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen
ausscheidet und sein Lehrstuhl und das damit verbundene *Institut für
ökumenische Forschung* direkt dem Senat der Universität Tübingen
unterstellt werden.

Mit Rücksicht auf die umfassende Erörterung, die die Problematik
des konfessionellen Staatsamtes in dem Gutachten von Prof. Scheuner
erfahren hat, und auf die Aktualität und die große Publizität, die die
Vorgänge im Fall von Prof. Hans Küng erhalten haben, haben sich
die Herausgeber auf vielfachen Wunsch hin entschlossen, das Gutachten
in der Reihe „Staatskirchenrechtliche Abhandlungen“ der Öffentlich-
keit zugänglich zu machen.

Bonn, 19. Juni 1980

Joseph Listl

Inhaltsverzeichnis

I. Gegenstand des Gutachtens	11
II. Rechtsgrundlagen	12
1. Anwendung des Reichskonkordates	12
2. Die übereinstimmenden Grundsätze der Länderkonkordate im Sinne des Art. 19 RK	15
III. Vorliegen einer konkordatsgemäßen Beanstandung	18
IV. Die Rechtsfolgen der Beanstandung: Grundsätzliche Richtpunkte ..	20
1. Zum Meinungsstand	20
2. Die Aufgabe der theologischen Fakultäten und die Natur des bekenntnisgebundenen Staatsamtes	26
3. Die Übung in Preußen und anderen deutschen Ländern bis zum Abschluß der Länderkonkordate der 20er Jahre	36
4. Die Länderkonkordate der 20er Jahre	39
V. Die einzelnen Rechtsfolgen der Beanstandung	45
1. Die Gestellung eines Ersatzes	45
2. Ausscheiden aus der Fakultät und ihren Aufgaben	45
3. Die organisatorische Stellung innerhalb der Hochschule	46
4. Funktionsbezeichnung und Ausstattung des Lehrstuhls	49
VI. Die rechtlichen Wirkungen der Beanstandung und der Schutz der Amtsstellung und der Lehrfreiheit	51
1. Umsetzung und Erhaltung des beamtenrechtlichen Status	51
2. Grundrechtliche Sicherung der Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG)	54
3. Zur Autonomie der Universität	60
VII. Zusammenfassung	63
Personenregister	66
Sachwortregister	67

Abkürzungsverzeichnis

AAS	= Acta Apostolicae Sedis
Abs.	= Absatz
Anm.	= Anmerkung
AöR	= Archiv des öffentlichen Rechts
ArchkathKR	= Archiv für katholisches Kirchenrecht
Art.	= Artikel
Aufl.	= Auflage
ausl.	= ausländisch(e, er, es)
BayVerwGH	= Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayVerwGHE	= Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes
Bd.	= Band
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	= Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
ders.	= derselbe
Diss.	= Dissertation
DNVP	= Deutsche Nationale Volkspartei
DVP	= Deutsche Volkspartei
f.	= folgende(r, s)
GG	= Grundgesetz
HdbDStR	= Handbuch des Deutschen Staatsrechts, hrsg. von Gerhard Anschütz und Richard Thoma. 2 Bde., Tübingen 1930/1932
HdbStKirchR	= Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Ernst Friesenhahn und Ulrich Scheuner i. V. m. Joseph Listl. 2 Bde., Berlin 1974/1975
HRG	= Hochschulrahmengesetz
Hrsg.	= Herausgeber, herausgegeben
i. V. m.	= in Verbindung mit
kgf.	= königlich(e, er, es)
LV	= Landesverfassung
ÖArchKR	= Österreichisches Archiv für Kirchenrecht
öff.	= öffentlich(e, er, es)
Rdnr.	= Randnummer
RK	= Reichskonkordat
S.	= Seite
SBPrAkWiss	
Phil.-Hist.Kl.	= Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse
Sp.	= Spalte

UnivG	= Universitätsgesetz
US	= United States
v.	= versus
Verb.	= Verbindung
vgl.	= vergleiche
VK	= (Wiener) Vertragskonvention
VVDStRL	= Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WRV	= Weimarer Reichsverfassung
z. B.	= zum Beispiel
ZevKR	= Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZgesStaatsW	= Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
Ziff.	= Ziffer

I. Gegenstand des Gutachtens

Am 31. Dezember 1979 hat der Bischof von Rottenburg-Stuttgart in einem Schreiben an den Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg eine ernsthafte Beanstandung der Lehre von Prof. Dr. Dr. Hans Küng unter Hinweis auf Art. 19 des Reichskonkordates und die einschlägigen Bestimmungen des bayerischen, preußischen und badischen Konkordates erhoben und um geeignete Abhilfe gebeten. Er hat zugleich den Entzug der *Missio canonica* für Prof. Küng mitgeteilt. Dieser Beanstandung war zur Begründung die von der Kongregation für die Glaubenslehre in Rom am 15. Dezember 1979 ausgesprochene Erklärung beigelegt, daß Prof. Küng in einigen seiner Schriften von der vollen Wahrheit des katholischen Glaubens abweiche und deshalb nicht als katholischer Theologe gelten noch als solcher lehren könne. Der Bischof führte aus, daß er sich diese Entscheidung zu eigen mache und daher das Nihil obstat widerrufe. Er bat, falls Prof. Küng nicht von sich aus auf seine Stellung in der Fakultät verzichte, dieses Ausscheiden anzuordnen. Ergänzendes Material zur Beanstandung der Lehre von Prof. Küng, insbesondere über die langen Bemühungen der Kongregation um Klärung der Fragen, war beigelegt.

Das folgende, dem Minister für Wissenschaft und Kunst zu erstattende Gutachten hat die rechtlichen Folgen zu behandeln, die für die Staatsbehörden nach den konkordatsrechtlichen Vorschriften im Rahmen der verfassungsrechtlichen Ordnung sich auf Grund dieser Beanstandung ergeben, insbesondere zu prüfen, welche Bedeutung die Beanstandung für das Verbleiben Prof. Küngs in der katholisch-theologischen Fakultät bzw. seine Umsetzung in eine andere Fakultät besitzt und welche Bedeutung für die staatlichen Maßnahmen sich aus der grundrechtlichen Vorschrift des Art. 5 Abs. 3 GG sowie aus der Autonomie der Hochschule ergibt. Das Gutachten beschränkt sich streng auf die Erörterung dieser das Verfassungsrecht wie das Verhältnis von Staat und Kirche betreffenden Rechtsfragen.

II. Rechtsgrundlagen

1. Anwendung des Reichskonkordates

Die Möglichkeit der Erhebung einer formellen Beanstandung eines Hochschullehrers der katholischen Theologie und die Folgen dieses Schrittes beruhen auf konkordatsrechtlichen Bestimmungen. Eine solche Vereinbarung zwischen Staat und Kirche besteht für das Land Baden-Württemberg unmittelbar nur für den badischen Landesteil in Gestalt des am 12. 10. 1932 abgeschlossenen Konkordates zwischen dem Hl. Stuhl und dem Lande Baden. Für den Landesteil Württemberg und mithin für die katholisch-theologische Fakultät der Universität Tübingen findet sich jedoch die vertragsmäßige Grundlage in Art. 19 des am 20. 7. 1933 abgeschlossenen Reichskonkordates, das als Reichsrecht für die Länder verbindlich wurde. Hier ist neben der Gewähr für die Erhaltung der theologischen Fakultäten vorgesehen, daß sich ihr Verhältnis zur kirchlichen Behörde nach den in den einschlägigen Konkordaten und dazugehörenden Schlußprotokollen festgelegten Bestimmungen unter Beachtung der einschlägigen kirchlichen Vorschriften richten solle. Es ist in der Literatur einhellig anerkannt, daß diese Vorschrift des Art. 19 Satz 2 gerade die Tübinger katholisch-theologische Fakultät betrifft, für die damals (1933) als einzige katholische Fakultät keine Bestimmung eines Landeskongordates Anwendung fand¹.

¹ Siehe *Werner Weber*, Theologische Fakultäten, staatliche Pädagogische und Philosophisch-Theologische Hochschulen, in: Handbuch des Staatskirchenrechts (= HdbStKirchR), Bd. 2, Berlin 1975, S. 579 = *Werner Weber*, Staat und Kirche in der Gegenwart, Tübingen 1978, S. 383 (Schriften von *Werner Weber* werden fortan nach dieser Sammelausgabe seiner staatskirchenrechtlichen Arbeiten zitiert); *Hans Peters*, Die Besonderheiten der beamtenrechtlichen Stellung der katholischen Theologieprofessoren an den deutschen Universitäten, in: Festschrift *Eichmann*, Paderborn 1940, S. 407; *Heinrich Flatten*, Das bischöfliche Nihil obstat für Privatdozenten der Theologie nach deutschem Konkordatsrecht, in: Im Dienste des Rechtes in Kirche und Staat. Festschrift *Franz Arnold*, Wien 1963, S. 201; *Giovanni Lajolo*, I Concordati Moderni, Brescia 1968, S. 454; *Ernst-Lüder Solte*, Theologie an der Universität, München 1971, S. 133/45. Die Fortgeltung des preußischen Konkordates von 1929 in den ehemaligen Landesteilen von Hohenzollern-Sigmaringen kann hier für den vorliegenden Fall vernachlässigt werden.

Mit den einschlägigen Konkordaten sind die drei während der Weimarer Zeit geschlossenen Vereinbarungen mit Bayern vom 29. 3. 1924, mit Preußen vom 14. 6. 1929 und mit Baden vom 12. 10. 1932 gemeint. Die Verweisung kann sich nur auf die damals in Geltung befindlichen Länderkonkordate beziehen. Spätere Abmachungen kommen für die aus diesen Vertragsbestimmungen zu ermittelnde Gesamtregelung nicht in Betracht².

Entgegen einer vereinzelt Ansicht³ hat die Bestimmung des Art. 19 Satz 3 RK, wonach die Reichsregierung es sich angelegen sein lassen würde, für sämtliche in Frage kommenden Fakultäten Deutschlands eine der Gesamtheit der einschlägigen Bestimmungen entsprechende einheitliche Praxis zu sichern, keine unmittelbare Wirkung in dem Sinne erlangt, daß damit alsbald ein einheitliches Fakultätsrecht geschaffen wurde, sondern sie hat nur eine Handlungspflicht der Regierung begründet. Infolge der seit dem Grundgesetz eingetretenen Kompetenzbeschränkung des Bundes auf kulturpolitischem Gebiet⁴ ist diese Verpflichtung obsolet geworden und die Vorschrift des Art. 19 Satz 3 entbehrt daher heute der Bedeutung. Es kann daher dahingestellt bleiben, wieweit die einheitliche Regelung des Art. 19 RK für später abgeschlossene Vereinbarungen eine bindende Bedeutung hat. Die Bestimmungen in Art. 12 des niedersächsischen Konkordats vom 26. 2. 1965 über die Errichtung einer Katholisch-Theologischen Fakultät in Göttingen schließen sich ganz der preußischen Regelung an. Die nur auf der Ebene des Bischofs geschlossene Vereinbarung über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Mainz vom 15./17. 4. 1946 schließt sich in dem hier berührten Punkte der allgemeinen Regelung weitgehend an (Ziffer 6: „im Einvernehmen mit dem Bischof geeignete Abhilfe“), geht sonst aber eigene Wege⁵.

² E. H. Fischer, Theologieprofessor, Theologische Fakultät und Kirche, in: Kirche und Überlieferung. Festschrift für J. R. Geiselman, Freiburg, Basel, Wien 1961, S. 341; Werner Thieme, Deutsches Hochschulrecht, Berlin, Köln 1956, S. 144, Anm. 36; Georg May, Das Verhältnis der Katholisch-Theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz zu dem Diözesanbischof nach der Vereinbarung zwischen Kirche und Staat vom 15./17. April bzw. 5. Oktober 1946, in: Festschrift Franz Arnold, Wien 1963, S. 174.

³ Werner Weber, Das Nihil obstat, in: ZgesStaatsW 99 (1939), S. 215/16 = Weber, Staat und Kirche (Anm. 1), S. 48, abgeschwächt wohl dort S. 384 (1975); Klaus Reppel, Der Staat und die Vorschriften über die Vorbildung der Geistlichen, Diss. Bonn 1966, S. 93.

⁴ Vgl. BVerfGE 6, S. 309, 361/62; 12, S. 205, 237.

⁵ Zu dieser Regelung siehe G. May, in: Festschrift Arnold (Anm. 2), S. 174; W. Weber, Staat und Kirche (Anm. 1), S. 333 (= AöR 95, 1970, S. 416) und 384; E.-L. Solte, Theologie (Anm. 1), S. 155.